


SUCHE 

 Vorteile für Abonnenten

Home Politik Wirtschaft Geld Sport Wissen Panorama Feuilleton ICON Reise PS WELT Regional Meinung Videos Markt
Politik Deutschland Flüchtlingspolitik: Merkel bleibt bei "Wir schaffen das"



POLITIK FLÜCHTLINGSPOLITIK

28.07.16

Auf Merkels Reue braucht keiner zu hoffen

Die Kanzlerin erkennt an, dass Terror von Flüchtlingen ausgehen kann. Doch ihrem "Wir schaffen das" bleibt sie treu. Fehler gesteht sie nicht ein. Die angekündigten Anti-Terror-Maßnahmen sind vage.

459

Share  1K

Twittern

 24

Von Thomas Vitzthum
Politikredakteur



01:04/02:54

Video teilen

Recommend  3

Twittern

 0

Auto Start: an | aus

Nach der Gewaltserie in Süddeutschland hat die Kanzlerin ihren Sommerurlaub abgebrochen, um sich den Fragen der Hauptstadtjournalisten zu stellen. Dabei blieb sie bei ihrem Credo "Wir schaffen das".

Quelle: Die Welt

Den unausweichlichen Fragen ausweichen – das war schon in den letzten Jahren die Taktik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei ihrer Sommerpressekonferenz, die zu einer Institution im politischen Berlin geworden ist. Im vergangenen Jahr hatten sich die Journalisten mit Fragen präpariert, wann und

MEISTGELESENE ARTIKEL

Auftritt der Kanzlerin
Warum Merkel genau das

MEIN
NEU
Ext
t
L
Meh
DIE
WELT

wie Merkel endlich das Chaos bei der Flüchtlingsaufnahme bewältigen wolle.

Doch schon in ihren Eingangssätzen zählte die Kanzlerin damals in bewährter Erstens-zweitens-drittens-Manier Maßnahmen auf, die dann kommen sollten. Deren Praktikabilität konnte niemand überprüfen. Die als Vorwürfe getarnten Fragen waren trotzdem obsolet geworden. Dabei sprach [Merkel](#) einen berühmten gewordenen Satz: "Wir schaffen das." Wohl der politische Satz des Jahrzehnts.

So ist klar, dass dieser Ausspruch in diesem Jahr ins Zentrum rücken würde. Natürlich will man von Merkel wissen, ob sie noch zu ihm stehe, ob sie ihn gar bereue. Doch sie greift wieder den Fragen vorweg: "Ich bin heute wie damals davon überzeugt, dass wir es schaffen. Wir schaffen das, und wir haben in den letzten elf Monaten schon sehr, sehr viel geschafft."

Das erneute "Wir schaffen das" – eine Provokation

Dieses "Wir schaffen das" ist den einen so teuer wie den anderen verhasst. Dass Merkel es ein weiteres Mal rhetorisch akzentuiert, dürfte als Provokation aufgefasst werden. Zumal in Bayern, das in den letzten Tagen von Terror erschüttert wurde, der in zwei von drei Fällen von Flüchtlingen ausgegangen ist.

Merkels Agieren ist "spät, riskant und hoch gepokert"



Ein Amoklauf, zwei islamistische Terrorakte innerhalb weniger Tage. Deutschland steht unter Schock und viele fragen sich: Wo ist Angela Merkel? Auch Politikberater Richard Schütze sieht Optimierungsbedarf.

Quelle: Die Welt

Merkel versucht dabei gar nicht, eine mittelbare Verantwortung zu leugnen. Ihre Regierungssprecherin hatte noch am Montag am selben Ort in der Bundespressekonferenz versucht, darzulegen, dass die beiden Täter vor der großen Flüchtlingswelle, also vor September 2015, gekommen waren.

Die Tatsache, dass zwei Männer Anschläge begingen, die als Flüchtlinge gekommen seien, verhöhne das Land, sagt nun die Kanzlerin. Und: "Es ist völlig egal, ob diese Flüchtlinge schon vor oder nach dem 4. September zu uns gekommen sind. Es verhöhnt die Helfer und die vielen anderen Flüchtlinge." Ab dem 4. September konnten die Asylbewerber, die in Ungarn gestrandet waren, nach einer Entscheidung der Regierung problemlos nach Deutschland. [Dies löste nach Meinung etwa der CSU die Massenflucht erst aus.](#)

Neuer Streit in der Union ist programmiert

Überhaupt die CSU. Die wird zwar mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass Merkel die Gefahr des Terrors aus den Reihen der Flüchtlinge nicht beschönigt oder kleinredet. Vielmehr spricht sie nun wie Frankreichs Präsident sogar davon, dass man sich in einem "Krieg mit dem IS" befinde, was natürlich auch die Flüchtlinge aus Staaten, in denen der sogenannte Islamische Staat sein Unwesen treibt, zu Verdächtigen macht. Die CSU wird aber auch gemerkt haben, dass die Kanzlerin wenig bereit ist, von ihrer bisherigen Linie in Bezug auf die Flüchtlingsaufnahme abzuweichen. Neuer Streit ist programmiert.

Für die Bayern sind mehr Flüchtlinge inzwischen gleichbedeutend mit weniger Sicherheit. Hier zieht die Kanzlerin weiterhin

 Richtige tut



Kreuzberg
Drogendealer bricht Berliner Kommissarin das Jochbein



Flüchtlingspolitik
Auf Merkels Reue braucht keiner zu hoffen

MEISTGELESEN AUF POLITICO

1. Poland's problem with this Pope
2. Trump to look at recognizing Crimea as Russian territory, li...
3. The end of Germany's golden age
4. How to annoy a Brit — put a Frenchman in charge of Brexit
5. With each attack, France nudges rightward on security

POLITICO in Brüssel, Partnerpublikation der WELT, berichtet über Politik und Persönlichkeiten der Europäischen Union. www.politico.eu



CSU erhöht den Druck auf Kanzlerin Merkel

einen scharfen Trennungsstrich. "Für mich ist klar, wir bleiben bei unseren Grundsätzen. Wir geben jenen, die politisch verfolgt sind, Asyl und Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention." Eine Wiederholung der Art der Zuwanderung wie im letzten Jahr schließt Merkel zwar aus. Sagt aber auch: "Aber ich kann nicht sagen, dass wir nie wieder Flüchtlinge aufnehmen müssen."

Die Christsozialen haben unter dem Eindruck des Terrors bei der Kabinettsklausur der Staatsregierung gerade ein Sicherheitspaket verabschiedet. Darin findet sich manches,

was Bayern allein umsetzen kann, wie etwa mehr Personal für die Polizei oder bessere Technik. Darin ist aber auch einiges, wozu der Bund handeln muss. So will die CSU die Bundeswehr im Inneren einsetzen, auch sollen jene, die aus anderen EU-Staaten einreisen, gleich wieder zurückgeschickt werden.

Angela Merkel kommt der CSU kaum entgegen

Eine Grundgesetzänderung, um das Militär im Inneren einzusetzen, scheint Merkel aber zu kompliziert. Die Bundeswehr solle sich zunächst an einer Übung "einer terroristischen Großlage" beteiligen. Leute an der Grenze zurückschicken will sie ebenfalls nicht. "Eine Zurückweisung eines Asylsuchenden ist nach meiner Auffassung nicht möglich, dafür gibt es das Dublin-Verfahren." Dieses funktioniert freilich nicht mehr richtig, es soll deshalb praktikabler gemacht werden.



Referendum
Ungarn stimmt über Verteilung von Flüchtlingen in EU ab

Immerhin macht Merkel eine Andeutung, wonach abgelehnte Asylbewerber auch in Krisenregionen zurückgeschickt werden sollen, ebenfalls ein Wunsch der CSU. Die Kanzlerin erwähnt, dass es Verhandlungen mit Afghanistan geben soll. Doch mehr als eine Andeutung ist das nicht.

Angela Merkel bleibt im Ganzen bei ihrer Linie. Sie verteidigt ihr Handeln vom vergangenen Jahr. Ein Fehlereingeständnis ist nicht zu hören; Reue gar braucht wohl auch in Zukunft kein politischer Freund oder Feind zu erwarten. Treu bleibt sich die Kanzlerin auch, was die Form der Problemlösung anbelangt. Heute sei nicht der Tag, um schon

abschließend vorzustellen, welche neuen Maßnahmen zusätzlich ergriffen werden müssten, sagt sie. Ein klassischer Merkel-Satz folgt: "Es muss eine gründliche Analyse geben." Da hat es Horst Seehofer doch deutlich eiliger.

Für Merkel ist der Staat bereits wach und aufmerksam

Merkel zählt trotzdem neun Punkte auf, die abgearbeitet werden sollen. Davon aber ist vieles nicht neu. Abschiebungen sollen etwa verstärkt werden, eine Stelle soll aufgebaut werden, die sich mit der verschlüsselten Internetkommunikation beschäftigt, die Arbeit der europäischen Dienste soll besser vernetzt und Daten sollen effizienter ausgetauscht werden. Ein einheitliches europäisches Waffenrecht soll zügig kommen, zudem brauche es ein Frühwarnsystem für die Behörden im Falle jener, die Anzeichen einer Radikalisierung zeigten. Von einem Masterplan gegen den Terror ist der Katalog aufgrund seines vagen Charakters noch weit entfernt.

Das meiste von dem, was schon bisher geplant war, soll nun einfach schneller, effizienter, unbürokratischer oder besser umgesetzt werden. Merkel sendet damit das Signal an die Bürger, dass der Staat nicht erst aufwachen muss nach den Ereignissen der vergangenen Tage, sondern bereits wach und aufmerksam ist. Ein Patriot Act, wie ihn die USA nach dem Terror des 11. September 2001 beschlossen hatten, hätte nichts mit dem zu tun, was die Kanzlerin erreichen will: das Gefühl vermitteln, dass die Lage trotz aller Schwierigkeiten unter Kontrolle ist und immer war. Eben: "Wir schaffen das."

Immer noch. Selbst wenn die Grenzen offen bleiben und selbst wenn die Humanität

die Aufnahme weiterer Hunderttausender gebieten sollte. [Ob das die Bürger allerdings auch so empfinden](#) oder im besten Fall sogar rational begreifen wollen, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Deutsche sehen Merkels Flüchtlingspolitik als gescheitert



Nach einer aktuellen Umfrage hat sich das Sicherheitsempfinden der meisten Deutschen nicht verändert. Merkels Flüchtlingspolitik hält die Mehrheit trotzdem für gescheitert.

Quelle: Die Welt

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

459

Share 1K

Twittern

G+1 24

MEHR AUS DEM WEB

Anzeige von Taboola

Immobilendarlehen – 8 goldene Regeln

Interhyp Baufinanzierung

Optiker suchen 10.000 Testseher für neue Gleitsichtbrillen!

[steiner-vision.de](#)

Luxushotels halten diesen Trick geheim

Secret Escapes

NEUES AUS DER REDAKTION

Promoted Links Empfohlen von Taboola

Fairness muss sein. Auch wenn's weh tut

Polens befremdlicher Blick auf die Gewalt in Deutschland

Warum wir ab jetzt nie wieder den Postboten verpassen müssen

Sponsored by Gründerszene

MEHR ZUM THEMA

POLITIK ANGELA MERKEL

"Deutschland befindet sich im Krieg gegen den IS"